



Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Einwohnerregister der Gemeinden werden vereinheitlicht

Der Regierungsrat hat das Volkswirtschaftsdepartement ermächtigt, bei den Gemeinden, den Parteien sowie den weiteren betroffenen Stellen eine Vernehmlassung zu einem Gesetzesentwurf zur Einführung der Registerharmonisierung durchzuführen.

Die eidgenössischen Räte haben am 23. Juni 2006 das Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister erlassen. Das Gesetz ist bereits am 1. November 2006 in Kraft getreten. Wesentlichster Inhalt ist die Harmonisierung der Einwohnerregister mit dem Ziel, künftig statistische Erhebungen wie die Volkszählung aufgrund der Register vornehmen zu können. Dies setzt voraus, dass die Register elektronisch geführt werden und einen standardisierten Mindestinhalt aufweisen. Mit dem Gesetzesentwurf sollen diese Vorgaben umgesetzt werden. Zusätzlich ist vorgesehen, die Gemeinden zu verpflichten, die Einwohnerregisterdaten auf eine neu zu schaffende kantonale Plattform zu übermitteln, welche zum Austausch der Daten zu statistischen Zwecken mit dem Bund und zur Weitergabe der Daten an die neue Gemeinde bei Wohnortwechseln dient.

Im Weiteren soll diese Plattform auch die Nutzung der Einwohnerregisterdaten für kantonale amtliche Anwendungen ermöglichen. Der Kantonsrat soll festlegen, welche Daten welchen Amtsstellen zugänglich gemacht werden. Die gemeinsame Plattform der Einwohnerregisterdaten führt zu wesentlichen administrativen Vereinfachungen für die Einwohnerinnen und Einwohner. Sie können Adressänderungen abschliessend bei der kommunalen Einwohnerkontrolle vornehmen und die Anpassungen bei anderen Amtsstellen, welche auf die Plattform zugreifen können, erfolgen automatisch. Mit diesem strategisch wichtigen EDV-Projekt wird ein weiterer Schritt Richtung E-Government gemacht.

Die Vernehmlassungsfrist dauert bis 17. August 2007. Die Vernehmlassungsunterlagen sind im Internet unter www.sh.ch (Regierung/Parlament; Regierungsrat, Vernehmlassungen) einsehbar.

Schaffhausen, 8. Juni 2007

Staatskanzlei Schaffhausen